



N i e d e r s c h r i f t

über die 24. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am 19.11.2013

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:12 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender
Knülle, Marc

Vorsitzender

CDU-Fraktion

Weber, Helmut
Feld-Wielpütz, Claudia
Puffe, René
Bambeck, Jörg
Müller, Bernhard
Mölders, Martina
Sobkowski, Paul
Esser, Magdalene

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied vertretend
sachkundige Bürgerin vertretend

bis 19:55 Uhr

ab 19:55 Uhr

SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas
Seifen, Torsten
Bilgmann, Brigitte

Ratsmitglied
sachkundiger Bürger
Ratsmitglied vertretend

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin
Günther, Christian

2. stellv. Vorsitzender
Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Züll, Wolfgang E.
Doppler, Klaus

Ratsmitglied
sachkundiger Bürgerin

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang
Bellinghausen, Dieter

Ratsmitglied
sachkundiger Bürger vertretend

bis 19:30 Uhr

ab 19:30 Uhr

Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied

Protokollführer
Dombrowski, Reiner

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion
Bonerath, Guido 1. stellvertretender Vorsitzender

SPD-Fraktion
Karp, Uwe Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß
Herr Steinkamp
Herr Knipp
Herr Hennig
Herr Richter
Herr Theuerkauf

Außerdem anwesend waren:

Borowski, Heike	Ortsvorsteherin
Mick, Marlies	Ortsvorsteherin
Rössler, Helmut	Sachkundiger Bürger

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Verpflichtung sachkundiger Bürger
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.09.2013
4. 13/0296 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn'; Änderung Geltungsbereich, Zustimmung zum Vorentwurf und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung
5. 13/0307 Baulückenkataster, Fortschreibung und Eigentümerbefragung
6. 13/0308 Verkehrssituation in Hangelar - Bericht der Verwaltung
7. 13/0309 Radweg Alte Heerstraße und Rückbau der Einmündung der Großenbuschstraße
8. 13/0311 Vorstellung des Landesentwicklungsplanes; Entwurf, Stand 25.06.2013
9. 13/0316 Baumfällungen im Winterhalbjahr 2013 - 2014
10. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag

11. Anträge der Fraktionen

12. Anfragen und Mitteilungen

12.1. Anfragen

12.1.1. 13/0295 Möglichkeiten der Zustandsverbesserung für den Seerosenteich
Birlinghoven (Heckweier)

Fraktion Aufbruch

12.1.2. 13/0332 Starkregen-Ereignis im Juni 2013

SPD-Fraktion

12.1.3. 13/0339 Stand und Fortsetzung des Programms „Fahrplan für Umwelt- und
Klimaschutz in Sankt Augustin“

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 24.09.2013
3. 13/0315 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 516 'Bonner Straße'; Auftragsvergabe für die Erarbeitung des städtebaulichen Vorentwurfs, des Bebauungsplanes und der Moderation des Planverfahrens
4. Anträge der Fraktionen
5. Anfragen und Mitteilungen
- 5.1. Anfragen
- 5.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
----------	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Wegen der anwesenden Gäste schlug er vor, den Tagesordnungspunkt 7 nach Tagesordnungspunkt 4 aufzurufen. Damit zeigten sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Tagesordnung.

2		Verpflichtung sachkundiger Bürger	
----------	--	--	--

Der

sachkundige Bürger Helmut Rössler

wurde durch den Ausschussvorsitzenden eingeführt und zur gesetzlichen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.09.2013	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

4	13/0296	1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn'; Änderung Geltungsbereich, Zustimmung zum Vorentwurf und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung	FD 6/10
----------	----------------	--	----------------

Eingangs führte Herr Gleß aus, dass man die erforderliche Bebauungsplanänderung vorantreiben wolle, ungeachtet der noch nicht geklärten Zufahrtssituation von der Pleistalstraße auf das Gelände des Verbrauchermarktes. Der aus dem Jahre 2002 stammende Bebauungsplan sah die Zufahrt zu dem Verbrauchermarkt über die Gewerbegebietszufahrt vor. Bisher habe man aber keinen Investor gefunden, der bereit gewesen wäre, die Erschließung zu seinem Verbrauchermarkt über eine Nebenstraße zu führen. Solche Unternehmungen würden eine unmittelbare Zufahrt von einer Hauptverkehrsstraße benötigen.

Nun habe man für den Markt einen konkreten Betreiber und einen Investor. Das einzige Problem sei die momentan noch nicht vorhandene Möglichkeit der unmittelbaren Grundstückszufahrt von der Hauptverkehrsstraße aus. Diese Situation sei nach seiner Kenntnis immer noch nicht abschließend geklärt. Es liege ein Schreiben von dem Ministerium vor, wonach eine Vereinbarung zu treffen sei zwischen dem Landesbetrieb Straßen und der Stadt Sankt Augustin, aus dem abgeleitet werden kann, dass, falls es dort zu einem Unfallschwerpunkt kommen sollte, die Zufahrt dann mit einer Signalsteuerung nachzubessern ist. Noch stehe aber eine solche Verwaltungsvereinbarung aus.

Nun begrüßte der Ausschussvorsitzende zu diesem Tagesordnungspunkt die Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Borowski und erteilte ihr das Wort. Diese stellte fest, dass ihr die jetzt vorgelegte Planung sehr gut gefalle, auch im Hinblick darauf, dass sich die bebaute Fläche insgesamt verringere. Ferner würden die Anwohner der nördlich gelegenen Straße Am Steinmorgen weniger belastet als bei der ursprünglichen Planung. Sie hoffe, dass mit dem zu fassenden Beschluss der Investor jetzt Planungssicherheit erhält, aber auch die Birlinghovener erfahren, wie es zukünftig mit der Nahversorgung aussieht. Frau Borowski erinnerte daran, dass die Verlegung der Ortsdurchfahrt bereits seit dem letzten Jahr genehmigt ist. Sie sei jetzt gefragt worden, warum das Ortseingangsschild noch nicht versetzt wurde und ob man die Versetzung nicht vorziehen könne. Dieses würde auch als Signal für die Bürger und auch für den Investor gewertet werden können. Darüber hinaus sei ihr zugetragen worden, dass es weitere Auflagen für den Investor bezüglich der Bepflanzungen gäbe im östlichen und im nördlichen Teil. Der Investor würde unter erheblichem Druck stehen und sie bittet, dass man sich nochmals zusammensetzt, um eine einvernehmliche Regelung zu finden.

Herr Gleß erwiderte, dass die Verwaltung bereit sei mit der Versetzung des Schildes ein Signal zu setzen, wenn die Zeit dafür reif wäre. Dieses trete aber erst dann ein, wenn die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Landesbetrieb Straßen und der Stadt Sankt Augustin getroffen ist. Im Hinblick auf die Verunsicherung des Investors stellte er in Aussicht, dass sich die Stadt mit den unterschiedlichen Fachbereichen und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Investor und Betreiber an einen runden Tisch zusammensetze wird, um noch offene Fragen auszuräumen, wenn die Vereinbarung mit dem Landesbetrieb geschlossen ist.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion wies auf eine Aussage in der Sitzungsvorlage hin, wonach ein privater Geh-/Radweg zwischen der Straße „Am Steinmorgen“ und dem Marktgelände geplant sei. Auch soll in einem städtebaulichen Vertrag eine Vereinbarung getroffen werden, wer die Kosten trägt. Sie interessiere, ob jetzt bereits feststeht, wie der Geh- und Radweg hergestellt wird und wer die Kosten übernimmt? Auch habe sie aus der Sitzungsvorlage entnommen, dass seitens des Landesbetriebs ein großer Vorbehalt bestehe, die Zu- und Einfahrt ohne eine Ampelregelung zu realisieren. Gerade in diesem Ausschuss sollte man darauf aus sein, keine Unfallschwerpunkte zu schaffen. Sie stelle daher die Frage, ob dies noch einmal separat geprüft worden sei.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! ist der guten Hoffnung, dass nunmehr das Verfahren zügig fortgesetzt werden kann. Die Aussagen des Umweltberichtes und zum Verkehr lassen keine weiteren Hindernisse erkennen und die Zuwegung durch den Radweg könne sich unproblematisch realisieren lassen.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion frug, ob die im Vergleich zum alten Plan nun vorgenommene Verlegung des Gebäudes jetzt besondere Schallschutzmaßnahmen erfordern. Auch wollte er Informationen zum Niveauausgleich haben.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollte wissen, ob der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Landesbetrieb Straßen und der Stadt Sankt Augustin eine Beteiligung von Ratsgremien bedarf. Bejahendenfalls sei es sinnvoll, jetzt einen Vorratsbeschluss zu fassen. Er wies darauf hin, dass durch den bestehenden Bebauungsplan Planrecht bestünde. Da sich hinsichtlich der Nutzung nichts ändere und die Anordnung der Gebäudekörper nur geringfügig eine geringfügige Änderung erfahren wolle er wissen, warum das komplette Bauleitverfahren durchgeführt werden muss.

Für die Verwaltung teilte Herr Gleß mit, dass bezüglich der Beschaffenheit des Geh- und Radweges die Planung noch nicht bekannt ist. Das sei noch in einem Gespräch mit dem Investor zu klären. Bezüglich der Ampelanlage stellte er fest, dass dies der Knackpunkt sei. Erst habe man sich mit dem Landesbetrieb um die Anbindung an die Landstraße ohne Ampelanlage geeinigt und jetzt solle sie doch im Bedarfsfall kommen. Damit müsse man jetzt in irgendeiner Form leben. Dies sollte aber beschlossen werden, denn er gehe davon aus, dass, wenn der Bedarfsfall eintrete, auch Kosten generiert werden müssen. Man habe jetzt nur das Signal, dass eine Einigung möglich sei kann. Aber auch müssen der Investor sowie auch der Betreiber des Marktes mitspielen. Das Bebauungsplanverfahren ist erforderlich, denn allein durch die Änderung der Erschließungssituation sind die Grundzüge der Planung berührt. Damit komme man nicht umhin, den Bebauungsplan in einem ordentlichen Verfahren zu ändern. Sofern der Investor mitspiele gebe es aber Möglichkeiten, Zeiten einzusparen. Man könne auf der einen Seite das Bauplanverfahren betreiben und auf der anderen Seite das Bauantragsverfahren. Zur Frage nach dem Schallschutz teilte er mit, dass nach dem Schallschutzgutachten weitere Schallschutzmaßnahmen nicht erforderlich sind. Die Stellung des Baukörpers sei so gewählt worden, dass sich aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger von der Straße „Am Steinmorgen“ die Stellplätze hinter dem Baukörper befinden. Bezüglich des Niveauausgleiches erinnerte er daran, dass die Flächen seinerzeit im Landschaftsschutzgebiet gelegen haben. Durch umfangreiche Verfahren habe man sie gegen Kompensationsmaßnahmen herausgelöst.

Zum Niveauausgleich stünde eine Zahl von 2,30 m/2,50 m im Raum stehe. Dies sei aber

nicht eine Höhe, für die auf der gesamten Fläche des Grundstückes der Niveaueausgleich geschehen soll. Auch das würde gemeinsam mit dem Investor besprochen werden.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über die Beschlussvorschläge abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ entsprechend dem Geltungsbereichsplan in Anlage 1 zu ändern.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin stimmt dem vorliegenden Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ (Anlagen 1 bis 5) zu.

einstimmig

3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für den vorliegenden Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ (Anlagen 1 bis 5) einschließlich der Fachplanungen und -gutachten (Anlagen 6 bis 9), die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

einstimmig

Bevor der Tagesordnungspunkt verlassen wurde, bat die Ortsvorsteherin Frau Borowski noch einmal um Gehör. Sie sehe sich gezwungen, in ihrer Funktion als Ortsvorsteherin eine Stellungnahme abzugeben.

Vor einigen Tagen sei ihr zugetragen worden, dass sie als Ortsvorsteherin gegen die Realisierung der Nahversorgung in Birlinghoven sei und sie würde versuchen, diese zu verhindern. Hierzu sei zu bemerken, dass ihre Familie und sie in der Straße „Am Steinhof“ wohnen. Man sei von dieser Planung betroffen. Auch insbesondere von dem geänderten Bebauungsplan, der eine Verlegung der Parkplätze vorsehe. Aber trotz dieses Wissens habe sie sich im Sommer an das Verkehrsministerium gewandt und um Unterstützung gebeten. Vor diesem Hintergrund findet sie die Angriffe gegenüber ihrer Person für befremdlich.

5	13/0307	Baulückenkataster, Fortschreibung und Eigentümerbefragung	FD 6/10
----------	----------------	--	----------------

Herr Gleß erklärte die Vorlage und wies darauf hin, dass insgesamt 295 Baulücken im Stadtgebiet festgestellt wurden. Das wäre ein hohes Potential zur Generierung weiterer Einwohner.

Nach einem Hinweis des Ausschussvorsitzenden auf das Layout des Fragebogens sprach Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! ein ausdrückliches Lob aus, da sich dieser in der Anrede moderater darstelle im Gegensatz zu dem vorherigen Fragebogen.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Baulückenkataster – wie in der Vorlage beschrieben – fortzuschreiben.

einstimmig

6	13/0308	Verkehrssituation in Hangelar - Bericht der Verwaltung	FD 6/10
----------	----------------	---	----------------

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass er im Vorfeld der Sitzung mit zwei/drei Vertretern des Ausschusses gesprochen habe. Nach diesem Gespräch sei er gebeten worden, dem Ausschuss folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Man könne jetzt abendfüllend jeden Punkt der Sitzungsvorlage diskutieren. Der Vorschlag lautet, dass zu den in der Sitzungsvorlage aufgeführten Punkten ein Ortstermin in Hangelar organisiert wird, an dem aus jeder Fraktion ein bis zwei Vertreter teilnehmen. Vor Ort sollen interfraktionell die in der Sitzungsvorlage gemachten Vorschläge der Verwaltung angeschaut, mit Vertretern der Verwaltung diskutiert und dann die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden.

Entscheidungen, die man einvernehmlich treffen kann, werden festgehalten und bedürfen keiner weiteren Beratung. Wo man unterschiedlicher Auffassung ist, soll dies auch festgehalten werden, so dass man in einer der nächsten Sitzungen nur noch über die kritischen Dinge abstimmen muss.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion teilte für ihre Fraktion mit, dass man den Vorschlag unterstützt und ihn auch für konstruktiv hält. Sie ist nur der Meinung, dass zwei Personen aus jeder Fraktion mehr Sinn machen.

Insgesamt war der Ausschuss mit der Vorgehensweise einverstanden.

7	13/0309	Radweg Alte Heerstraße und Rückbau der Einmündung der Großenbuschstraße	FD 6/10
----------	----------------	--	----------------

Herr Gleß erinnerte daran, dass der Umbau der Kreuzungsmaßnahme gefördert wird. Die Realisierung einer Kreisverkehrsanlage sei eine wesentliche Änderung, die eine Änderungsanzeige gegenüber dem Fördergeber erforderlich machen wird. Diese Änderungsanzeige sei noch nicht getätigt worden. Sie wird gefertigt, wenn aus der heutigen Sitzung die Realisierung eines Kreisverkehrs beschlossen wird. Die Frage werde dann sein, ob man durch die Änderungsanzeige aus der Förderung herausfällt oder die Bezirksregierung die Änderung akzeptiert. Vergleichstechnisch halte er die Kreisverkehrsanlage an dieser Stelle für eine Ultima Ratio.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass mit der Realisierung des Kreisels ein erheblicher Fortschritt erzielt wird. Er rege bezüglich der Radfahrerführung an, dass das Leiten von Fahrradfahrern in einen Kreisverkehr deutlich sicherer sei, als die Radfahrer gemeinsam mit den Fußgängern über Furten zu führen. Diesbezüglich bittet er die Planung zu überarbeiten.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion begrüßte die Sitzungsvorlage. Ihn freue das Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Bürgern und Politik. Man sei mit der Planung in eine Bürgerversammlung gegangen, die dortigen Anregungen und Bedenken seien fast vollständig in den Plan eingeflossen.

Frau Mölders für die CDU-Fraktion unterstrich das von Herrn Metz Gesagte und teilte mit, dass ein Radfahrer leicht übersehen wird, wenn er gemeinsam mit den Fußgängern durch eine Furt geführt werde. Mit der jetzt vorgestellten Planung befürchte sie einen Unfallschwerpunkt. Ferner wies sie auf die Anordnung der Zebrastreifen hin. Diese lägen in der vorgestellten Planung dicht am Kreisverkehr, was zur Folge haben könnte, dass ein Fahrzeug im Kreisel stoppen würde, wenn sich ein Fußgänger auf dem Zebrastreifen befände. Hinter dem wartenden Auto könne kein weiteres Fahrzeug mehr den Kreisel nutzen. Sie schlage vor, die Zebrastreifen weiter weg vom Kreisel anzulegen. Mit der Lösung, den Fahrradfahrer auf die Straße zu führen, könnte man ihres Erachtens auf die teuren Verkehrsinseln verzichten, wenn gleichzeitig die Zebrastreifen nach außen gezogen würden.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! schloss sich hinsichtlich der Lage der Zebrastreifen an das von Frau Mölders Gesagte an. Seien sie dicht am Kreisel angebracht, ergebe sich für viele Radfahrer die Versuchung, über die Zebrastreifen statt im Kreisel zu fahren. Auch er schlug vor, die Zebrastreifen weiter weg vom Kreisel zu rücken. Für ihn stelle sich die Frage, wenn es nicht zum Kreisausbau komme, ob man die Kreuzung doch so bauen würde wie im Plan angezeigt, zwar ohne Kreisel aber dann mit der Signalanlage.

Von der CDU-Fraktion stellte Herr Müller die Frage, ob die Führung der Radfahrer durch den Kreisverkehr möglich sei oder ob es Richtlinien gäbe, die dagegen sprechen. Vor der Verlegung der Zebrastreifen würde er warnen unter Hinweis auf die Bequemlichkeit

der Fußgänger. Außerdem stellte er die Frage, ob es durch die Anzahl der Fußgänger überhaupt zu einer Staubildung kommen könnte. Seines Erachtens käme es wegen geringfügiger Fußgängeranzahl nicht zu der befürchteten Staubildung.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass ihn aufgrund der Diskussion die Radwegführung noch nicht überzeuge. Er teile die Vorschläge von Frau Mölders. Bezüglich der Querungen auf der Alten Heerstraße meinte er, dass man über die Einsparung der Mittelinsel nachdenken sollte.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion unterstützte Herr Müller, weil er meine, es mache Sinn, die Zebrastreifen nahe der Mittelinsel zu belassen. Wenn er richtig informiert sei, beginne am Ende des Zebrastreifens das Grüne C. Das würde sehr häufig von Anwohnerinnen und Anwohnern mit Hunden benutzt. Das seien auch die, die potentiell über die Straße gehen. Diese würden sicherlich den kurzen Weg bevorzugen.

Herr Hennig führte aus, dass man – wie von Herr Metz ausgeführt – zunächst angedacht hatte, den Fahrradverkehr durch den Kreisverkehr hindurchzuleiten. Das kollidiere aber durch den im Norden einmündenden Weg des Grünen C, da dieser auch an den Kreisverkehr eingebunden werden soll. Mit der Rampenführung hätte man, wo eigentlich der Weg einmündet, dann Hochbordsteine. Das könne nicht funktionieren. Die anderen Anregungen könne er nicht teilen, da dieser Kreisverkehr all das habe, was nach der Kreisverkehrssicherheitsforschung Sicherheit bringen wird. Die Radfahrerfurt hat Vorfahrt vor den Ein- und Ausfahrenden und die Radfahrerfurt liegt genau eine Fahrzeuglänge vor der Kreisfahrbahn.

Herr Weber von der CDU-Fraktion stellte sich als passionierten Radfahrer vor. Für ihn machen sich die Unterschiede der verschiedenen Kreisel bemerkbar und er führte als Beispiel die Kreisel der Rathausallee an. Er fahre lieber durch den Kreisel an der Fachhochschule. Hier fühle er sich sicher, weil dort direkt der Fahrradweg in den Kreisel eingeführt wird. Bei der Einfahrt im Spichelsfeld-Nord müsse man über den Zebrastreifen, hier sei es oft brenzlig.

Der Ausschussvorsitzende bestätigte noch einmal, dass mit Beschluss des heutigen Tages Ziel sein werde, einen Kreisverkehr durchzusetzen. Die Planung mit der Ampelsignalanlage komme nur dann zum Tragen, wenn der Kreisverkehr nicht geht.

Frau Mölders wies auf die an der Alten Heerstraße liegende Mauer hin. Diese würde die Sicht behindern sowohl für die Fahrradfahrer als auch für die Autofahrer, die aus Richtung Niederpleis in Richtung Hangelar fahren.

Hierzu teilte Herr Hennig mit, dass das Problem zwar heute bestehe, es aber zukünftig entfalle, da im Wege des Vorkaufsrechts eine Teilfläche aus dem Grundstück gekauft worden sei. Die Mauer werde nach hinten versetzt, dann seien die Sichtbeziehungen einwandfrei. Bezüglich der Furten stellte er nochmals fest, dass dies fachlich geprüft wurde.

Herr Metz meinte, dass es nicht Sinn mache, den Plan auf den Zentimeter genau zu beschließen. Das aus der Diskussion Entnommene sollte von der Verwaltung noch einmal geprüft werden, der Ausschuss mag aber jetzt grünes Licht zur Planung geben.

Herr Züll griff das von Herrn Metz Gesagte auf und stellte fest, dass es heute um einen Grundsatzbeschluss gehe. Bis zum Zeitpunkt der Vorlage des Bewilligungsbescheides aus Düsseldorf werden zumindest eine, wenn nicht zwei UPV-Sitzungen vergehen.

Herr Gleß bekräftigte, dem von Herrn Metz gemachten Vorschlag zu folgen. Er biete an, dass die heute in der Sitzung gemachten Anregungen noch einmal durchgeprüft werden. Sollte es zu Änderungen kommen, würden die Fraktionen von diesen Änderungen in Kenntnis gesetzt werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion wollte wissen, wie zu verfahren sei, falls es vor dem finanziellen Hintergrund nicht zur Kreisellösung kommen sollte.

Herr Gleß merkte an, dass man mit der Kreisverkehrsanlage wohl einen Treffer bei der Bezirksregierung landen würde. Andernfalls müsse man sich zwischen Verwaltung und Politik ins Benehmen setzen. Rückfallebene sei die konventionelle Lösung, für die die entsprechende Zusage vorliegt. Aber dann wäre zu diskutieren, ob man diese konventionelle Lösung noch wolle, oder, wenn es mit einer Förderung nicht funktioniert, dann die Maßnahme über den städtischen Haushalt finanziert wird.

Dann lies der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen;

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt der Planänderung zu und beauftragt die Verwaltung, dem Fördergeber den Änderungsantrag für die Bezuschussung vorzulegen.

einstimmig

8	13/0311	Vorstellung des Landesentwicklungsplanes; Entwurf, Stand 25.06.2013	FD 6/10
---	---------	--	----------------

Einleitend stellte Herr Gleß anhand einer PowerPoint-Präsentation das Thema vor. Danach meldete sich Herr Züll von der FDP-Fraktion zu Wort und teilte mit, dass er auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Umweltausschusses des Städte- und Gemeindebundes sprechen würde. Er las aus dem Beschlussvorschlag zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes folgendes vor:

„Der Ausschuss stellt fest, dass die raumordnerischen Festlegungen des LEP-Entwurfs grundsätzlich einen angemessenen Schutz des Freiraums vorsehen, jedoch im Bereich des Klimaschutzes und des Ausbaus der erneuerbaren Energien eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Entwicklung der Kommunen erheblich erschweren und ihre Planungshoheit unangemessen einschränken. Er lehnt den LEP-Entwurf daher in der vorliegenden Fassung ab und fordert die Landesplanungsbehörde auf, den Entwurf unter Berücksichtigung der Grundsätze der Überörtlichkeit, der Überfachlichkeit, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu überarbeiten und dabei die Anregungen zu den einzelnen Festlegungen in der Begründung zu berücksichtigen.“

Herr Züll stimme Herrn Gleß insoweit zu, dass die Auswirkungen aus diesem Entwurf für unsere Stadt tatsächlich überschaubar sind, weil die Stadt gut aufgestellt ist.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion teilte mit, dass die in ihrer Fraktion zuvor gestellten Fragen nach den Auswirkungen für Sankt Augustin durch die Ausführungen der Vorredner beantwortet seien.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass seine Fraktion das anders sehe. Man könne der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes in diesem Punkt nicht folgen. Insbesondere stelle sich die Frage, ob sich die Probleme einer Kommune auf lokaler Ebene lösen lassen, sehe man sich z.B. die Problematiken des Klimawandels und der zunehmenden Landschaftszerschneidung an. Auch sei das Thema Windenergie z. B. ein typischer Fall, wo sich Probleme auf lokaler Ebene nicht lösen lassen. Gleiches gelte auch für die Biotopverbunde bzw. die Frage nach den Siedlungsflächen. Der Grundansatz des Städte- und Gemeindebundes sei nachvollziehbar, er gehe aber allerdings zu weit weg von der Verantwortung, die die Kommunen gemeinsam wahrnehmen müssen. Deshalb könne seine Fraktion den Beschluss so nicht mittragen.

Dann wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- Planungs- und Verkehrsausschuss schließt sich inhaltlich der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 16.10.2013 an und beauftragt die Verwaltung, die dort formulierten Anregungen und Bedenken zum Entwurf des LEP bei der Landesplanungsbehörde vorzubringen.

Jastimmen 14 Neinstimmen 2

9	13/0316	Baumfällungen im Winterhalbjahr 2013 - 2014	FB 7
----------	----------------	--	-------------

Die Nachfrage von Herrn Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob die Vorlage im Wesentlichen mit dem BNU abgeklärt sei, wurde von der Verwaltung bejaht. Danach nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Information der Verwaltung über die erforderlichen Baumfällungen im Winterhalbjahr 2013 - 2014 zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

10		Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag	
-----------	--	---	--

Herr Gleß erinnerte an eine in einer vorherigen Sitzung gemachten Mitteilung über eine Bauvoranfrage der Firma Air Lloyd für den Bereich des Flugplatzes. Diese sei mittlerweile seitens der Verwaltung wegen Nichtvollständigkeit von Unterlagen zurückgewiesen worden.

11		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

Es lagen keine Anträge der Fraktion vor.

12		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

12.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

12.1.1	13/0295	Möglichkeiten der Zustandsverbesserung für den Seerosenteich Birlinghoven (Heckweier) Fraktion Aufbruch	BNU, FB 7, FD 6/10
---------------	----------------	--	---------------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.2	13/0332	Starkregen-Ereignis im Juni 2013 SPD-Fraktion	FB 7
---------------	----------------	--	-------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.3	13/0339	Stand und Fortsetzung des Programms „Fahrplan für Umwelt- und Klimaschutz in Sankt Augustin“ Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BNU, FB 0, FB 7, FD 6/10, FB 9, FD 6/30
---------------	----------------	--	--

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Herr Knipp von der Verwaltung erinnerte daran, dass aus den Fraktionen Anfragen und Stellungnahmen zum Verkehrskonzept bezüglich der Nachbarschaftshilfe erwartet werden. Man habe als Verwaltung die Bitte, ihr die Fragen seitens der Fraktionen bis zum 06.12.2013 mitzuteilen. Diese würden dann dem Verkehrsgutachter zur Verfügung gestellt werden.

Danach schloss der Ausschussvorsitzende um 19.55 Uhr die öffentliche Sitzung.